

KEINE AUSWEITUNG DER STROMSTEUER – WETTBEWERBSFÄHIGKEIT ERHALTEN

Der BVMW lehnt die Pläne des Bundesfinanzministeriums zur Belastung der Eigenstromversorgung mit der Stromsteuer ab. Sie gefährden dezentrale Erzeugungskonzepte, sind mittelstandsfeindlich und behindern die Energiewende, die nur dezentral gelingen kann. Daher müssen weitere Verschlechterungen der Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung dringend vermieden werden.

Finanzministerium will Eigenstrom verteuern

Das Bundesfinanzministerium schlägt vor, selbst erzeugten und verbrauchten Strom aus Erneuerbaren Energien künftig mit der Stromsteuer zu belasten, wenn der Eigenverbrauch 20 Megawattstunden (MWh) pro Jahr übersteigt. Zudem soll Strom zur Eigenversorgung aus konventionellen Anlagen mit der Stromsteuer belastet werden, wenn die Anlage eine Leistung von 1 Megawatt (MW) oder mehr hat. Dies beträfe auch Biomasse-Anlagen, da diese künftig im Gesetz nicht mehr als Erneuerbare Energien behandelt würden. Bisher ist der Eigenstromverbrauch aus Erneuerbaren komplett von der Stromsteuer befreit. Gleiches gilt für konventionelle Anlagen mit bis zu 2 MW Leistung.

Dezentrale Energiewende und Wettbewerbsfähigkeit in Gefahr – Abwanderung von Produktion droht

Die Regelungen sollen nach Vorstellung des Bundesfinanzministeriums im Frühjahr 2017 in Kraft treten. Die Konsequenz wäre eine weitere Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Eigenstromversorgung im Mittelstand. Bereits die Belastung der Eigenstromversorgung mit der EEG-Umlage (EEG 2014) hat zu Kostensteigerungen bei Neuanlagen geführt. Die Streichung der Eigenstromförderung für das mittelständische verarbeitende Gewerbe mit der Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes 2015 hat die Attraktivität der Eigenstromversorgung weiter verschlechtert.

Mittelständische Unternehmen haben vermehrt in die Eigenstromerzeugung investiert, um Kosten zu senken. Neue Belastungen der Eigenstromversorgung würden die Rahmenbedingungen für die Industrie weiter verschlechtern und die Verlagerung insbesondere energieintensiver Produktion ins Ausland befördern. Im Ergebnis würde die Energie über die Produkte nach Deutschland „importiert“, ohne dass der weltweite CO₂-Ausstoß gesenkt wird.

Neue Belastungen durch eine Ausweitung der Stromsteuer müssen verhindert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland zu sichern und die Attraktivität dezentraler Erzeugungskonzepte für Erneuerbare Energien zu erhalten. Mindestens muss jedoch Bestandsschutz für bestehende Anlagen der Eigenstromerzeugung aus Erneuerbaren und konventionellen Energien gewährleistet werden.



Stromsteuer senken statt ausweiten!

Anstatt die Stromsteuerbelastung auszuweiten, sollte die Stromsteuer deutlich gesenkt werden. Gerade in Zeiten sprudelnder Steuereinnahmen ist eine weitere Belastung der mittelständischen Industrie nicht hinnehmbar – zumal es eben der Mittelstand ist, der mit seinem Beitrag steigende Steuereinnahmen generiert.

Die Stromsteuer wurde 1999 eingeführt, um den Stromverbrauch zu verteuern und so einen Anreiz zum Stromsparen zu setzen. Seit 1999 ist der Strompreis jedoch um 74 Prozent gestiegen. Die Notwendigkeit zur weiteren künstlichen Verteuerung besteht nicht. Im Gegenteil: Es sollten endlich Maßnahmen zur Senkung des Strompreises ergriffen werden.

Der deutsche Strompreis ist einer der weltweit höchsten und somit wettbewerbsschädlich für den Mittelstand, der nicht in den

Genuss generöser Vergünstigungen kommt. Der deutsche Industriestrompreis liegt im Durchschnitt um mehr als ein Viertel über dem europäischen Durchschnitt. Die staatlich verursachten Preisbestandteile machen mittlerweile 54 Prozent des Strompreises aus. Eine Senkung ist dringend notwendig. Die Stromsteuer könnte sofort und ohne Zustimmung des Bundesrates deutlich gesenkt werden. Damit könnte die Politik ein starkes Signal in Richtung Mittelstand senden.

Der BVMW vertritt im Rahmen der Mittelstandsallianz 270.000 kleine und mittlere Unternehmen mit ca. 9 Millionen Mitarbeitern. Über 300 Repräsentanten haben jährlich rund 700.000 direkte Unternehmerkontakte. Der BVMW organisiert mehr als 2.000 Veranstaltungen pro Jahr.

Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e. V.
Bereich Volkswirtschaft & Politik
Potsdamer Straße 7 / Potsdamer Platz, 10785 Berlin
Tel.: +49 (0)30 533206-0, Fax: +49 (0)30 533206-50
politik@bvmw.de, www.bvmw.de